

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seite 2: Zur Person: Susanne Danowski / Petra Pau: Eine Woche - sitzungsfrei

Seite 3: Zu neuen Strukturen in der Alten Börse / Im WK 1 diskutiert: Jugendpolitik / Klaus Lederer: Auftakt für zwei intensive Jahre

Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / Aktionstag für ein schönes Berlin / IGA: Bauarbeiten beginnen / Spendenaufruf an alle

Seite 5: Wolfgang Brauer: Das Kreuz mit der Demokratie / Dagmar Pohle: Seniorenpolitik

Seite 6: Schöner leben ohne Nazis / Sied-

lungsgebiete: Verzögerung der Wiedereröffnung / Antwort auf Post

Seite 7: Jugendseite: Sankt Georgs Bändchen hier, Wolfsangel dort

Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine im Überblick / Hinten links

Wahlen anderswo - wie ging's der LINKEN?

Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben gewählt. Viele haben die beiden Wahlabende sicher mit recht gemischten Gefühlen erlebt. Ein entsprechend der Lage gutes Ergebnis in Sachsen, eine nicht völlig unerwartete, aber doch bemerkenswerte Situation in Thüringen - dort könnte ein Mitglied der LINKEN Ministerpräsident werden, wenn es den politischen Willen dazu gibt. Dann gäbe es drei Jahre nach dem ersten „grünen“ Minister-



Auch auf Hauptversammlung der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf wurde über das Abschneiden der LINKEN in Thüringen und deren Bestrebungen, einen Regierungswechsel herbeizuführen, zum Teil kontrovers diskutiert. Foto: Y. Rami

präsidenten einen „richtig roten“, das könnte man doch ein historisches Ereignis nennen. Noch wissen wir nicht, wie die Gespräche ausgehen, aber man darf nicht vergessen: Auch mit Bodo Ramelow bliebe Thüringen ein Land der kapitalistischen Bundesrepublik, da sollte niemand Illusionen haben. Und dann haben wir das Ergebnis unserer unmittelbaren Nachbarn in Brandenburg. Dort haben wir ein Drittel der Stimmen verloren, das ist natürlich eine schlimme Niederlage. Es ist verständlich, dass da manchen die Erinnerung an ähnliche Ergebnisse in der Vergangenheit aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin kommt. Aber mich hat etwas gestört, dass manche Leute schon am Wahlabend oder kurz danach „wussten“, woran es gelegen hat. In der Politik geht es immer

auch um die konkrete Analyse der konkreten Situation (das ist bekanntlich nicht von mir), und Analyse ist ernsthafte Arbeit. Dazu gehört ein wenig Zeit zum Nachdenken und wohl auch ein bisschen Abstand. Das haben wir zu leisten - und damit meine ich DIE LINKE insgesamt. Denn wenn man über die Wahlergebnisse redet, geht es noch um anderes. Die Wahlbeteiligung lag in den drei Ländern bei 50 Prozent oder darunter. Das mag für Marzahn-Hellersdorf nicht ungewöhnlich sein, aber diese Tendenz ist doch erschreckend. Bedenkt man, dass die Stimmen für Parteien unter der Fünf-Prozent-Grenze nicht berücksichtigt werden, dann werden alle drei Länder künftig von „Minderheitsregierungen“ regiert - in dem Sinne, dass nur eine Minderheit der Wahlberechtigten an deren Zustandekommen mitgewirkt hat. Und dann ist da die AfD - mit teilweise zweistelligen Ergebnissen. Das wirft viele Fragen auf, und die sind nicht einfach mit der Fest-

stellung beantwortet, dass es sich hier um eine rechtskonservative und rechtspopulistische Partei handelt. Was bewegt so viele Menschen aus unterschiedlichen Lebenssituationen, die teilweise früher andere Parteien (auch DIE LINKE) gewählt haben, ihre Stimme der AfD zu geben? Warum fühlen sie sich von dieser Partei besser vertreten als von der LINKEN? Der Ausweg kann ja nicht darin bestehen, sich einer solchen Stimmung anzupassen. Auch hier haben wir - und es geht wieder um die gesamte Partei - noch eine Menge zu tun.

Wenn die Zeitung gedruckt ist, haben wir sicher schon mehr Erkenntnisse. Es ist jetzt drei Jahre her, da stand das Referat auf einer Hauptversammlung unter dem Thema „Für mehr dialektische Gelassenheit“. Ich finde das nach wie vor ein sinnvolles Prinzip.

Bernd Preußner

Bei anderen gelesen:

Positive Bilanz der Basiskonferenz in Sömmerda

Die Thüringer LINKE hat am Samstag, dem 27.9., auf einer Basiskonferenz in Sömmerda über das Ergebnis der Landtagswahl und über den Stand der Sondierungsgespräche beraten. Landesvorsitzende Susanne Wellsow-Hennig betonte dabei, die Verantwortung zur Regierungsbildung, die aus dem sehr guten Wahlergebnis folgt. In den Sondierungsgesprächen gebe es bereits viele inhaltliche Fortschritte und auch das Papier zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit sei ein „richtiger und wichtiger Schritt für alle drei Parteien“. Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag, verwies darauf, dass die Zusammenarbeit zwischen LINKEN, SPD und Grünen bereits in vielen Kommunen funktioniere. Er verwies darauf, dass sich bei den heute stattfindenden Stichwahlen in Thüringer Kommunen SPD und LINKE unterstützen. In der anschließenden Diskussion sprach sich eine große Mehrheit der Rednerinnen und Redner für eine Fortführung der Sondierungsgespräche auf der Basis des erreichten Verhandlungsstands aus. Es wurde kontrovers über den weiteren Weg der Aufarbeitung des Unrechts in der DDR debattiert. Unter den Anwesenden herrschte große Einhelligkeit darüber, den gefundenen Kompromiss als Weg zu einem rot-rot-grünen Politikwechsel mitzutragen.

Susanne Hennig-Wellsow zieht eine positive Bilanz der Basiskonferenz: „Das war ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem Politikwechsel in Thüringen. Wir haben kontrovers diskutiert und an den entscheidenden Stellen Geschlossenheit demonstriert. Die greifbaren Ergebnisse der bisherigen Sondierungen haben den Ausschlag gegeben. Der Politikwechsel nimmt bereits Gestalt an. Eine gestaltunfähige rot-rot-grüne Mehrheit würde spürbare Verbesserungen für die Lebensbedingungen vieler Thüringerinnen und Thüringer bringen. Es gehört zu unserer Verantwortung vor den Wählerinnen und Wählern, alles für die Ermöglichung des Politikwechsels zu tun. Die Basiskonferenz hat uns den Rücken für die weiteren Verhandlungen gestärkt. Thüringen nimmt Kurs auf den Wechsel.“

Quelle: <http://www.die-linke-thueringen.de/>

DIE LINKE.

Zur Person: **Susanne Danowski**

Susanne Danowski kann auf ein bewegtes Leben zurückblicken: Geboren 1953 in Hohen Neuendorf, zog sie mit 18 erst nach Velten, lebte zeitweise in einer Laube in Biesdorf, um dann nach Hohenschönhausen in eine der neuen Plattenbauten zu ziehen. Nach dem Abitur wurde sie Facharbeiterin für Holzverarbeitung und Ingenieurökonom, arbeitete im Möbelkombinat und ab 1986 bei der Bahn. 1975 trat Danowski in die SED ein. Aktive Politikerin war sie jedoch (noch) nicht. Beruf und Familie verstand sie immer zu verbinden, sodass sie, auch nachdem ihre zwei Kinder aus dem Haus waren, noch ein Pflegekind aufnahm.

Die Wende 1989 brachte für Danowski einige Veränderungen mit sich. Es war nicht der Job, der wegbrach – bei der Bahn wurde sie übernommen –, sondern die Überzeugung, dass der Sozialismus Marke DDR doch noch siegen werde. Der Systemwechsel führte bei Danowski zu einer vorher nie da gewesenen politischen Aktivität: Als PDS-Mitglied wurde sie Mitte der 1990er Jahre Kreisvorstandsmitglied und auch Stadtverordnete in Königs Wusterhausen. Es war die Überzeugung, dass man selbst aktiv werden müsse, um etwas zu verändern. Das DDR-System hatte die Vorstellung genährt, dass alles geregelt sei und man



mit dem Staat auf der ideologisch und historisch richtigen Seite stehe. Bezüglich politischer Aktivität aber hatte es zur Lethargie geführt.

Nach ihrem berufs begleitendem Studium zur Dipl.-Wirtschaftsingenieurin wurde Danowski auch beruflich politisch aktiv: Ab 1996 als Betriebsrätin der GdED, der SPD-dominierten Eisenbahnergewerkschaft, und ab 2000 als freigestellte Betriebsrätin. Von 2004 bis 2008 war Danowski Betriebsratsvorsitzende bei der DB-ProjektBau. Eine für sie sehr ereignisreiche, aber auch nervenzehrende Zeit: So war sie beispielsweise eine der Bundessprecher*innen der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft, in der sich Gewerkschafter*innen der LINKEN, aber auch Parteilose organisieren. Mit dieser Arbeitsgemeinschaft machte sich Danowski auch für die Idee des gesetzlichen Mindestlohns auf Parteitag der LINKEN (bzw. der Linkspartei.PDS) und für dessen Aufnahme ins Parteiprogramm stark. Der Börsengang der Bahn unter Mehdorn führte zum Personalabbau und zur Ausgliederung von Aufgaben an Subunternehmen. Die Belegschaft wurde auf ein Drittel reduziert. Danowski musste daraufhin auch für

die sog. Sozialauswahlen, bei denen zwischen Betrieb und Betriebsräten Vereinbarungen getroffen werden, wer den Betrieb verlassen muss, verhandeln. Innerhalb von vier Jahren gab es drei solcher Sozialauswahlen. Für Danowski eine sehr angespannte Zeit, die eigentlich „immer mit einer Niederlage endete.“

In der Folge kam es 2009 zum Burnout. Danowski hatte ihre eigenen Kräfte überschätzt – auch eine Folge der Vorstellung „ohne mich geht nichts.“ Zusätzliche Belastung gab es durch ihre diversen politischen Ämter in der Partei: im Kreisvorstand, als Gemeindevertreterin und zuletzt als Fraktionsvorsitzende in Petershagen/Eggersdorf. Danowski sagt: „Für mich habe ich keine Grenze akzeptiert.“

Nach einer Reha legte sie alle Ämter nieder. Sie probierte sich auf vielen Gebieten aus und entdeckte neue Talente für sich. Das half ihr, wieder gesund zu werden. Heute schreibt Danowski Gedichte und ist in einer Schreibwerkstatt aktiv. Kultur hält sie für ein wichtiges Gut. Gerade in einem Bezirk wie Marzahn-Hellersdorf sei Kultur für junge Menschen extrem wichtig: Sie führe zu einer besonderen Selbsterfahrung und zu einem kulturvolleren Umgang miteinander. Für die Zukunft kann Danowski sich auch die kreative Arbeit mit Kindern vorstellen. Ihr politisches Engagement hat sie auf die Position als Delegierte in der Hauptversammlung in Marzahn-Hellersdorf zurückgefahren.

Jungen Politiker*innen rät Danowski, nicht einseitig zu fahren und Eigenständigkeit zu bewahren: „Linke Politik muss als linke Politik erkennbar bleiben. LINKE-Politiker*innen müssen verstehen, wie die Gesellschaft tickt und nicht nur wie die Partei tickt.“ Das Interesse junger Menschen an Politik rät Danowski, nicht durch zu viel Arbeit und Ämter zu ersticken.

Thomas Braune (Text und Foto)

Petra Pau (MdB): Eine Woche - sitzungsfrei

Beschrieben sei eine Woche, meine Woche, Mitte September 2014, verkürzt und kompakt. Es war eine sitzungsfreie Woche, also ohne Ausschussarbeit und ohne Plenardebatten im Bundestag.

Sonntag: Besuch im Jüdischen Gymnasium „Moses Mendelssohn“ im Scheunenviertel, danach Kundgebung „Steh auf! Nie wieder Judenhass!“ am Brandenburger Tor. **Montag:** Die Obleute des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages waren im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses gefragt. Es ging um überfällige Konsequenzen aus dem Staatsversagen. Abends: Podiumsdiskussion in der Evangelischen Akademie am Gendarmenmarkt zu der Frage: Haben die Sicherheitsbehörden etwas aus dem NSU-Nazi-Mord-Desaster gelernt? **Dienstag:** Prof. Dr. Wolfgang Benz stellte sein Buch „Sinti und Roma – die unerwünschte Minderheit“ im Informationszentrum des Denkmals an die ermordeten Juden Europas vor. Danach diskutierten im prall gefüllten Saal Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates deutscher Sinti und Roma, und ich mit dem Autor. **Mittwoch:** Wahlkreistag, also war ich in Marzahn-Hellersdorf unterwegs. **Donnerstag:** Ein Team von 3sat interviewte mich zum V-Leute-

Unwesen der Ämter für Verfassungsschutz in der Nazi-Szene. Abends beleuchteten wir im Kreuzberger Theater der Türkischen Gemeinde Berlin-Brandenburg den finsternen Umgang der Polizei und der Justiz mit den Angehörigen der NSU-Opfer. **Freitag:** Bundesweit versammelten sich Muslime zum Freitagsgebet, für Frieden, gegen Hass und Unrecht. Sie distanzieren sich von „islamistischen Terroristen“ und mahnten zugleich Solidarität mit Muslimen hierzulande an.

Meine „sitzungsfreie Woche“ hatte also eine bekannte Klammer: für Bürgerrechte und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Und überall traf ich auf engagierte Menschen. Wirklich allerorten? Nein! Ergo komplettiere ich die Woche, wieder unvollständig.

Auf der Kundgebung „Nie wieder Judenhass“ sprach die Bundeskanzlerin, ebenso Repräsentanten der katholischen und der evangelischen Kirche. Ein Redner der muslimischen Gemeinde war nicht vorgesehen. Die Ausgrenzung vieler Sinti und Roma wurden nicht einmal erwähnt. Lapsus oder Kalkül?

Derweil hetzen Nazis unter dem Label „Bürgerbewegung Hellersdorf“ weiterhin gegen Mitglieder der „Bürgerinitiative Hellersdorf

hilft“. Eine der so Bedrohten hatte vor Wochen Rat beim Landeskriminalamt Berlin gesucht. Sie und ihr Ansinnen wurden arrogant ignoriert. Auch das ging diese Woche durch die Medien. Immerhin: Der Berliner Polizeipräsident signalisierte mir Montag im Abgeordnetenhaus, er wolle sich des Problems annehmen.

Für Sinti und Roma indes gab es kein Angebot, im Gegenteil. Am Freitag wurde wieder einmal das Grundrecht auf Asyl gekappt. Zur zügigen Abwehr von geschundenen Sinti und Roma aus ost-europäischen Staaten, diesmal mit maßgeblicher Zustimmung eines Ministerpräsidenten der Grünen.

Das Freitagsgebet Berliner Muslime „gegen Hass und Unrecht“ fand übrigens auf der Skalitzer Straße in Kreuzberg statt, unter freiem Himmel. Die benachbarte „Mevlaner Moschee“ war im August durch einen Brandanschlag verheert worden. In einer ersten Stellungnahme hatte die Berliner Polizei damals ein rassistisches Motiv der Täter forsch ausgeschlossen. Dieselbe Reaktion gab es in den hier beschriebenen Tagen wieder: Unbekannte bewarfen nachts ein Flüchtlingsheim in Köpenick mit Betonteilen. Fenster barsten. Dahinter versuchen Menschen – Frauen, Männer, Kinder – ein wenig zu leben.

Zu neuen Strukturen in der Alten Börse

Am letzten Samstag im September traf sich DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf zur dritten Tagung der vierten Hauptversammlung. DIE LINKE war dabei zum ersten Mal zu Gast in der Alten Börse Marzahn. Dafür auch hier nochmal ein Dank an Peter Kenzelmann; nicht nur für diese konkrete Gelegenheit und dafür, dass wir uns alle sehr willkommen gefühlt haben, sondern auch ganz grundsätzlich für dieses Projekt als solches. Mit der Alten Börse verfügt unser Bezirk über einen neuen kulturellen Schatz. DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf wird dieses Projekt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auch weiterhin unterstützen. Auch wenn die Tagung der Hauptversammlung an einem Ort der Kultur stattfand, so war die Tagesordnung eher prosaisch. Neben der turnusmäßigen Wahl neuer Delegierter für den kommenden Landesparteitag ging es um die anstehende Strukturreform des Bezirksverbandes. Dabei setzte Petra Pau mit ihrer Eröffnungsrede zur allgemeinen politischen Lage den Rahmen für die Debatten und machte deutlich, dass eine handlungsfähige LINKE mehr denn je Not tut – auch in Marzahn-Hellersdorf. Insgesamt war Debatte zu facettenreich und breit, sie hier im Detail wiederzugeben. Insgesamt wurde sie mit großem Engagement

und in der Regel ebenso großer Ernsthaftigkeit geführt. Nun kommt es darauf an, die auf der Hauptversammlung begonnene Debatte in den Basisorganisationen und auf Mitgliederversammlungen mit eben diesem Engagement und dieser Ernsthaftigkeit weiterzuführen. Die Hauptversammlung beauftragte schließlich den Bezirksvorstand, im ersten Halbjahr 2015 eine weitere Tagung der Hauptversammlung einzuberufen, um dort dann zu einer finalen Beschlussfassung zur Frage, mit welcher Struktur unser Bezirksverband in die nächsten Jahre gehen wird, zu kommen.

Schließlich und endlich wurden auch noch Delegierte gewählt. Auf dem nächsten Landesparteitag wird der Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf vertreten durch: Zoe Dahler, Leonore Held, Regina Kittler, Beatrice Morgenthaler, Petra Pau, Dagmar Pohle, Erika Preußner, Manuela Schmidt, Juliane Witt, Klaus-Jürgen Dahler, Lutz Henske, Hassan Metwally, Eberhard Roloff, Hans-Peter Schneider, Christian Schwinge, Norbert Seichter, Björn Tielebein und Jan Wiechowski. Zu Ersatzdelegierten wurden Sarah Fingarow, Kerstin Trögel, Bernd Ostermann und Kristian Ronneburg gewählt.

Hassan Metwally
Stellvertretender Bezirksvorsitzender

Im Wahlkreis 1 diskutiert

Linke Jugendpolitik – was kann sie leisten?

Am 15. September bot sich den Mitgliedern der LINKEN in Marzahn-NordWest und -Ost die Gelegenheit, über linke Jugendpolitik zu diskutieren.

Die BO-Sprecher und der Wahlkreisabgeordnete Wolfgang Brauer hatten den Unmut einiger Genossinnen und Genossen über die Übertragung von kommunalen Jugendklubs an freie Träger aufgegriffen und zur Diskussion eingeladen.

Die Jugend- und familienpolitischen Sprecher der Fraktionen in Bezirk und Land, Björn Tielebein und Katrin Möller, sowie Jugendstadträtin Juliane Witt informierten über die derzeitigen demographischen und politischen Rahmenbedingungen linker Jugend- und Familienpolitik. Anschließend stellten sie sich den kritischen Fragen und Bemerkungen der Anwesenden.

Die durch Ausgrenzung linker Politikerinnen und Politiker gekennzeichnete Oppositionsrolle der LINKEN in Berlin wie auch in Marzahn-Hellersdorf erschwerte das Setzen eigener Akzente. Jugend- und Familienpolitik ist weit mehr als die Gewährleistung der anspruchsberechtigten Hilfen zur Erziehung (HzE). Übereinstimmend stellten die Podiumsgäste fest, dass es für offene Kinder- und Jugendarbeit an Orten, wo die Heranwachsenden nicht den ganzen Tag reglementiert sind und auch Demokratie gelebt werden

kann, keine Lobby gibt! „Die rot-schwarze Koalition interessiert sich nur für die Pflichtaufgaben, die CDU sieht den Fokus in der Familie“, betonte Katrin Möller und erläuterte den linken Ansatz, der anders ist. „Jedes Kind, egal woher es kommt, hat einen Anspruch auf Förderung“. Zusätzlich erschwerend wirkt sich die Haushaltslage aus, d.h.: die dem tatsächlichen Bedarf nicht adäquate finanzielle Ausstattung der Bezirke.

Björn Tielebein und Juliane Witt gingen vor allem auf die Übertragung von Jugendfreizeiteinrichtungen in freie Trägerschaft ein. 2001 gab es 25 kommunale Jugendklubs. Wege baulicher Mängel mussten kurzfristig 7 Einrichtungen geschlossen werden. Über Jahre hinweg konnten dann 18 gesichert werden. 2009 wurden 6 Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger übertragen, der Rest Anfang dieses Jahres. „Wir wollten die kommunale Jugendarbeit erhalten, aber konnten das nicht durchsetzen. Mit der bestehenden Personalsituation war es auch nicht machbar.“ Einig war man sich: Der Druck von unten muss stärker werden!

In der nachfolgenden Diskussion wurde deutlich, dass DIE LINKE in ihrer Politik nach neuen Wegen suchen muss. Und, Wolfgang Brauer bringt auf den Punkt, was alt bekannt ist: „Wir brauchen mehr junge Leute in der Partei!“

Sabine Behrens

Auftakt für zwei intensive Jahre

Am Wochenende, an dem wir uns zu unserem Landesparteitag treffen werden, jährt sich zum 25. Male der Tag, an dem die Berliner Mauer fiel. Es war der Tag, an dem die Krise, die die DDR erfasst hatte, eine unumkehrbare Wende nahm und den Zusammenbruch des realsozialistischen Systems hierzulande besiegelte.

Krisenhafte Zeiten erleben wir auch heute. Die seit 2008 anhaltende weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist, entgegen aller Gesundheitsbetriebe, keineswegs überwunden. Die Zahl internationaler militärischer Konflikte wächst. Kriege drohen sich auszuweiten.

Angesichts dessen nimmt sich die Krise, in der die Berliner Politik steckt, geradezu lächerlich aus. Die Stagnation, die die SPD-CDU-Koalition seit Monaten verantwortet, wirkt jedoch zunehmend verheerend auf das alltägliche Funktionieren der Stadt. Steigende Mieten, überfüllte Bürgerämter, zerbröselnde Brücken und Turnhallen, fehlende Flüchtlingsunterkünfte – die Liste an Beispielen ist lang. Doch statt nach dem angekündigten Rücktritt von Klaus Wowereit den Weg für einen Neuanfang und für Neuwahlen freizumachen, ketten sich beide Regierungsparteien aus Angst vor dem eigenen Machtverlust noch fester aneinander. Der Mangel an gemeinsamen Vorstellungen zur Zukunft der Stadt soll durch die Flucht in ein neues teures Großprojekt, nämlich die Ausrichtung der Olympiade in Berlin, übertüncht werden.

Für uns Berliner LINKE ist das keineswegs eine einfache Ausgangssituation. Zwar ist es uns in den vergangenen Jahren gelungen, die Koalition in zentralen Fragen wie der Gestaltung der Energiewende, der Perspektiven für den öffentlichen Dienst, der Stadtentwicklung oder der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtpolitik unter Druck zu setzen. Aber angesichts des desolaten Zustands der SPD, des unverhohlenen Scheiterns der Grünen nach der CDU und einer zerfallenden Piratenpartei sind politische Mehrheiten für eine alternative Politik momentan nur schwer auszumachen.

Unsere Aufgabe in den kommenden Jahren besteht also darin, unsere eigenen politischen Konzepte stärker zu profilieren und für sie um Mehrheiten in der Stadtgesellschaft zu werben. Dafür müssen wir uns auch als Partei weiterentwickeln. Das betrifft nicht nur die organisatorische Festigung, die Mitgliederarbeit, die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen, die Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit und die weitere Stärkung unserer Mobilisierungsfähigkeit. Wir müssen uns auch für neue Themen und Fragestellungen öffnen. Beispielsweise wie sich der technische Fortschritt, insbesondere die zunehmende Digitalisierung, auf die Arbeits- und Lebenswelt von immer mehr Menschen auswirkt.

Der im November neu zu wählende Landesvorstand wird zudem die Vorbereitung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und in den Bezirken organisieren. Das gilt es bereits jetzt in den Blick zu nehmen. Denn in krisenhaften Zeiten sind jähe Veränderungen nie auszuschließen. Lasst uns also auf unserem Landesparteitag einen kraftvollen Auftakt für zwei intensive, aktive und erfolgreiche Jahre unserer politischen Arbeit gestalten!

Klaus Lederer, Landesvorsitzender

Kurz informiert:

Aus dem Bezirksvorstand

Dieser Bericht schließt sich unmittelbar an den aus der vorangegangenen Ausgabe an. Der Bezirksvorstand hat der Hauptversammlung „Überlegungen zur Verbesserung der politischen Wirksamkeit unserer Arbeit“ vorgelegt. Etwas ungewöhnlich: Das Dokument soll auf der Hauptversammlung (noch) nicht beschlossen, sondern danach weiter diskutiert werden. Mittlerweile hat die Hauptversammlung stattgefunden, aber dieser Text ist vorher entstanden.

Es geht natürlich um die Struktur unseres Bezirksverbandes, aber nicht (nur) einfach im Sinne eines formalen Ordnungsprinzips. Im Zentrum soll stehen, wie wir insgesamt die Wirksamkeit unserer Mitglieder erhöhen können. Und das nicht nach dem Motto „Alle müssen mehr tun!“. Wir haben allen Grund, uns über die Aktivität unserer Mitglieder zu freuen und ihnen dafür zu danken. „Alle müssen“ ist ja immer gut – aber hat denn jeder die Möglichkeit dazu? Ich rede nicht nur von Genossinnen und Genossen, deren Aktivität aus gesundheitlichen oder anderen Gründen eingeschränkt ist. Ich denke an jene, die – erfreulicherweise – Arbeit haben und damit einen festen Zeitplan, der nicht immer unseren Terminen entspricht. Oder an ältere Mitglieder, die abends nicht mehr auf die Straße wollen. Auch wenn ich unseren Bezirk keineswegs für unsicher halte – man muss das respektieren. Und auch an jene, die sehr aktiv als Linke in anderen Einrichtungen, Institutionen, Vereinen usw. arbeiten. Das wollen wir ja ausdrücklich, aber wenn man dann drei Veranstaltungen parallel hat, muss man sich eben für eine entscheiden. Da ist die Woche manchmal einfach „zu kurz“ – ich weiß, wovon ich da rede. Haben wir genügend Formen unserer Arbeit, um diesen unterschiedlichen Bedingungen und Bedürfnissen gerecht zu werden? In manchen Betrieben kann man von zu Hause aus über den PC arbeiten – nein, nicht erschrecken, das soll nicht Grundlage unserer politischen Arbeit werden, sondern nur zum Nachdenken provozieren, ob es nicht auch Möglichkeiten außerhalb unserer traditionellen Arbeitsweise gibt. Dazu brauchen wir Ideen, und deshalb sollte es eine längere und gründliche Diskussion geben.

Es kann nicht darum gehen, die bestehenden Strukturen „umzustülpen“. Das ist nämlich keineswegs nur eine technisch-organisatorische Frage. Ich selbst bin einer von denen, die nach einem Umzug in ihrer „alten“ Basisorganisation geblieben sind, weil sie sich dort einfach wohl fühlen – auch das ist ein Element der Parteiarbeit. Keine Angst vor neuen, auch ungewöhnlichen Ideen, aber Achtung vor gewachsenen Beziehungen und Bindungen – das könnte man vielleicht als Richtung vorgeben.

Bernd Preußer

Aktionstag für ein schönes Berlin

Für den 12. und 13. September waren die Bürger von Berlin zur Beteiligung am „Aktionstag für ein schönes Berlin“ aufgerufen. Auch im Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf wurden von Bürgern einige Aktivitäten organisiert. Man brauchte auch in Biesdorf nicht lange suchen, um ein nützliches Betätigungsfeld zu finden. Auf Initiative der Basisgruppe 59 der LINKEN entstand der Vorschlag, das Absperrgeländer zwischen dem Vorplatz des S-Bahnhofes Biesdorf und dem Parkplatz vor den Schranken gegenüber der Gaststätte Paule zu streichen (siehe Foto). Seit ewigen Zeiten rostet es braun vor sich hin und dann hatte auch noch ein „verwegener“ Autofahrer seine Spuren hinterlassen ... Die Hoffnung, das hohe Unkraut würde das Geländer grün verdecken, erfüllte sich in all' den Jahren nicht und Geld für ein neues Geländer blieb ange-



sichts der klammen Kassenlage und anderer wichtiger Aufgaben im Bezirk ein frommer Wunsch.

Das Bezirksamt hat die Idee sofort unterstützt und die verbogenen Geländerteile entfernt. Aus Spenden der Mitglieder der Basisgruppe wurde Material gekauft und mit drei Leuten ging es am 12. September ab 10 Uhr zur Sache. Das Unkraut war bald mit einer Handsense gemäht und zusammengeharkt, das Geländer gereinigt und von grobem Rost befreit. Danach konnte der erste weiße Farbanstrich aufgetragen werden. Um ein einwandfreies Farbbild zu erreichen, musste einen Tag später ein

zweites Mal gestrichen werden. Nun strahlt das alte Geländer in neuem Glanz und kann so ruhig noch ein paar Jahre stehen, den Aktiven und allen Biesdorfer Bürgern zum Nutzen.

Claas Reise (Text und Foto)

Nochmals zur IGA: Bauarbeiten beginnen ...

Die IGA 2017 rund um das Gebiet um Kienberg und Wuhleteich war ja schon wiederholt hier ein Thema.

Dass ich mich trotzdem noch einmal dazu äußere, hängt mit dem auf uns zukommenden Ereignissen rund um Kienberg und Wuhleteich in der nächsten Zukunft zusammen. Ab Ende Oktober wird es zu den ersten Absperrungen und Umzäunungen kommen. Für den Zeitraum bis nach der IGA wird der Weg entlang des Biesdorf-Marzahner Grenzgrabens sowie der Abschnitt des Wuhletalwanderweges zwischen Wuhleteich und der bekannten Bohlenbrücke gesperrt sein. Zugänglich bleiben derzeit noch Zuwegung und Aufstieg zum Kienberg und zur Wuhle von der Eisenacher Straße aus und selbstverständlich dauerhaft der „alte“ Weg westlich der „Neuen Wuhle“. Am Südhang des Kienbergs und an-

deren Stellen des dann umzäunten Gebietes beginnen im November relativ umfangreiche Rodungsarbeiten von Gehölzen.

In Umsetzung des von Fachleuten und Naturschützern und Umweltschützerinnen erarbeiteten Waldumbaukonzeptes geht es darum, behutsam und gezielt sich in den letzten Jahrzehnten ausgebreitete fremdländische Gehölze (invasive Neophyten) zugunsten strukturreicher Streuobstwiesen und standortgerechten Waldes zu entfernen.

Wir unterstützen das Konzept und möchten diesen Prozess öffentlich begleiten. Judith Reise, eine junge, aber renommierte Biologin, hat für unsere Fraktion ein Gutachten zu den IGA-Planungen und ihren Auswirkungen erstellt und steht ggf. wie auch ich als umweltpolitische Sprecher für Fragen zur Verfügung.

Frank Beiersdorff

Spendenaufruf

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere kleine Weihnachtsfeier für die Kinder im Geflüchteten- und Wohnungslosenheim in der Otto-Rosenberg-Straße ist inzwischen zu einer Tradition geworden.

Es ist nun schon das vierte Jahr, in dem wir jedem der ca. 50 Kinder eine kleine Weihnachtsüberraschung überreichen wollen.

Ich bitte Euch daher um Spenden. Ihr könnt diese bis zum 29. November zu den gewohnten Öffnungszeiten in der Geschäftsstelle abgeben oder auf folgendes Konto überweisen:

BV DIE LINKE Marz.-Hell.

IBAN: **DE88 1005 0000 2193 8281 67**; BIC-/SWIFT-Code: **BELADEBEXXX**,

Konto: **2193828167** / BLZ: **100 500 00**, Berliner Sparkasse

Verwendungszweck: **MH Spende**; Vorname Name, Anschrift

Auch über Sachspenden wie Spielsachen oder Kinderbücher freuen wir uns, bitten aber darauf zu achten, dass es sich um Neuware handelt. Dank eurer zahlreichen Spenden im letzten Jahr, ist noch reichlich Geschenkpapier und Schleifenband vorhanden. Geschenktüten sind jedoch immer etwas rar. Wer welche übrigen hat, kann diese sehr gern für unsere Feier spenden.

Wer beim Einkaufen der Geschenke behilflich sein möchte, kann sich gern bei mir melden (am besten über die Geschäftsstelle 030 54 12 130/bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Viele Grüße und herzlichen Dank!

Eure **Sarah Fingarow**

Wolfgang Brauer (MdA): Das Kreuz mit der Demokratie

Seit 1999 flossen 17 Millionen Euro im Rahmen des Quartiersmanagement-Programms (QM) in den Marzahn-Norden. Das Programm sollte helfen, als sozial schwierig eingeschätzte Kieze zu stabilisieren. Die seinerzeitige Auswahl war zufallsbestimmt. In meinem Wahlkreis hätte zum Beispiel auch Marzahn-Ost ausgesucht werden können. Mit diesen Geldern wurden viele gute Dinge realisiert: Der Sportplatz am Geraer Ring, die Boxhalle in Marzahn-West, der Clara-Zetkin-Park und und und... Viel Geld floss in die Finanzierung von Projektarbeit freier Träger, von denen einige dank dieser Zuwendungen sich überhaupt erst richtig entfalten konnten. Nur „Ehrenamt“ geht eben nicht. Auch in sozialen Projekten Beschäftigte müssen ihre Miete bezahlen und Essen kaufen. Einige Jahre wurde die QM-Arbeit von einem sehr engagierten Bewohnerbeirat begleitet, der eigene Akzente zu setzen verstand. Allerdings – und das führte natürlicherweise immer wieder zu Kollisionen –: Der Senat verstand und versteht unter Bürgerbeteiligung im besten Sinne nur MitWIRKUNG nicht MitENTSCHEIDUNG. Die ist aus vielerlei Gründen bei solchen Sonderprogrammen mit immer kärglicher werdenden Mitteln auch nur in Ansätzen möglich. Verständlich, dass dies zu Frustrationen führen muss. Zumal dann, wenn die Mitwirkungsgruppen (seit 2006 der Quartiersrat [QR]) wie im Jahre 2013 geschehen, plötzlich entscheiden sollen, welches wichtigem sozio-kulturellem Projekt im Quartier das Licht ausgeblasen werden soll und welchem nicht. Der QR verweigerte

sich diesem Ansinnen berechtigterweise. Da in dieser Situation mehrere Akteure gemeinsam auftraten, gelang es, zum Beispiel dem Kinderkeller in der Wittenberger Straße eine bezirkliche Finanzierung zu verschaffen. Im Quartiersrat verschärfte sich allerdings die Situation Anfang 2014 nach einer Neufassung der „Verfahrensgrundsätze“ für die QM-Arbeit und der Erkenntnis, dass perspektivisch noch weniger Fördermittel zur Verfügung stehen werden. Im Sommer gelang es mir, zumindest ein Gespräch zwischen dem verantwortlichen Senator Michael Müller und den interessierten Mitgliedern des QR zu vermitteln. Senator Müller hat zumindest zwei Erkenntnisse an jenem Nachmittag im August mitgenommen: Ein Kiez mit einer Kinderarmutsrate von 70 % aller Schulkinder und einer 42-prozentigen Abhängigkeit aller Einwohner von Transferleistungen bedarf weiter besonderer Zuwendung. Und die Bewohnerschaft muss stärker als bislang „angedacht“ einbezogen werden. Leider war es nicht mehr möglich, aus dem seitens des zuständigen Bezirksstadtrates verkündeten „Losverfahren“ zur Wahl des neuen QR eine „echte Wahl“ zu machen. Zum Nachdenken Anlass geben muss aber auch die Tatsache, dass sich von 12.000 angeschriebenen Bürgern nur 32 zur Mitarbeit bereit erklärten. Diese 32 Menschen (von denen 15 allerdings anonymisiert ausgelost wurden) sollten aber unser aller Unterstützung erfahren! Meine haben sie auf jeden Fall. Missliche Zustände ändern man nur, indem man sich in die eigenen Angelegenheiten einmischt. Immer wieder.

Dagmar Pohle: Seniorenpolitik

In einer kürzlich durchgeführten Fachkonferenz befassten sich Vertreter_innen des Landesseniorenbeirates, der bezirklichen Seniorenvertretungen, der Senats- und Bezirksverwaltungen mit den ersten Erfahrungen der Umsetzung der Seniorenpolitischen Leitlinien, die im Jahre 2013 vom Senat vorgelegt worden waren.

Als Bezirksstadträtin war ich gebeten, etwas aus Bezirkssicht zu sagen. Wir können in Marzahn-Hellersdorf auf eine lange Erfahrung in der Seniorenpolitik und der Altenplanung zurückgreifen. Für die Seniorinnen- und Seniorenpolitik im Bezirk MH ergaben sich im Ergebnis der letzten repräsentativen Befragung 2010 neue Anforderungen aus dem differenzierten Anwachsen der älteren Bevölkerung, dem sinkenden Rentenniveau als wesentlicher Grundlage der materiellen Alterssicherung, dem sinkenden Integrationspotential außerfamiliärer sozialer Netze, den erwerbsbedingten Veränderungen des intergenerativen Zusammenhalts der Familien, dem Bedürfniswandel von Seniorinnen und Senioren bezüglich selbstbestimmten Wohnens bis ins hohe Alter sowie generationsübergreifender und – wo notwendig – wohnortnaher Angebote für soziale Kommunikation und Freizeitgestaltung.

Diese Anforderungen liegen auch den Leitlinien des Landes Berlin zugrunde. Insofern sehen wir uns in unserer Arbeit bestätigt und haben bereits mit der Altenplanung für diese Legislaturperiode die damals noch als Entwurf vor-

liegenden Leitlinien unserer eignen Fortschreibung gegenüber gestellt und abgeglichen. Im Netz unter der Adresse

www.marzahn-hellersdorf.de

kann man weiterführende Informationen finden. Ich habe meinen Beitrag in der Konferenz dazu genutzt, auch auf Defizite in der Umsetzung der Leitlinien hinzuweisen, die verhindern, dass wirkliche Lösungen im Interesse der älteren Bewohner_innen von Berlin gefunden werden. Dass mit der steigenden Anzahl Älterer, die z. B. auf Leistungen zur Grundsicherung oder Hilfe zur Pflege angewiesen sind, ein Personal aufwuchs in den bezirklichen Sozialämtern einhergehen und der unsägliche Personalabbau gestoppt werden muss, ist solch ein Thema gewesen. Nachdem es im „Sommerloch“ eine „kleine“ politische Debatte dazu gab, ist in der Koalition im Land dazu wieder Ruhe eingekehrt. Wenn wir beklagen, dass es an günstigen Wohnungen fehlt, dann müssen Baugrundstücke des Landes Berlin nicht zu Höchstpreisen verkauft werden, sondern den kommunalen Wohnungsunternehmen und den Genossenschaften überlassen werden, damit die Erstellungspreise und damit die Mieten stabil bleiben können.

Und das Sinken der Durchschnittsrenten, wachsende Altersarmut und das nach wie vor vorhandene Rentenunrecht dürfen nicht nur im Analyseteil der Leitlinien stehen, sondern erfordern politische Landesinitiativen gegenüber dem Bund und der Koalition von CDU und SPD.

Mehr Diskussion wagen.

So könnte das Fazit der jüngsten BVV-Sitzung lauten, ginge es nach der Linksfraktion. Doch politische Auseinandersetzungen um die Sache zu führen scheint nicht das Anliegen der Koalition aus SPD, CDU und Bündnisgrünen zu sein. Nach einer Rede Bjoern Tielebeins (Linksfraktion), in der er bestimmte Teile des Dreier-Bündnisses für ihr Abnicken des Kurses von Bürgermeister Komoß in Sachen Frauensporthalle im FFM kritisierte und für eine transparentere und lebhaftere Diskussion um Entscheidungen von großer Tragweite für den Bezirk warb, hagelte es unsachliche Kritik aus den Reihen der SPD, CDU und Bündnisgrünen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende fühlte sich an „Zeiten, die lange vorbei sind“ erinnert. Welche Zeiten gemeint waren, blieb unklar. Als Historiker sollte er nicht vorschnell die Vergangenheit für aktuelle Diskussionen bemühen. Parlamentarische Demokratie sollte sich gerade dadurch auszeichnen, dass offen über Themen gestritten wird. Die Übertragung des Freizeitforums Marzahns (FFM) in das Fachvermögen Schule und Sport ist nun so gut wie vollzogen. Ab 1.10. will Komoß die Verantwortung für dieses einzigartige Ensemble für Sport, Kultur, Bildung und Wirtschaft übernehmen, um ab 1.1.2015 mit dem Betrieb einer Frauensporthalle zu beginnen. Am Vormittag nach der BVV-Sitzung wurde der Vertrag mit dem Betreiber der Frauensporthalle – dem VSJ e.V. – unterzeichnet. An zwei Tagen in der Woche soll die große Sporthalle im Erdgeschoss noch anderen Nutzern zur Verfügung stehen. Unklar nach wie vor, ob alle Sportangebote im FFM bleiben können, da der neue Betreiber auch an den zwei Tagen in der Woche, in der die Halle für alle offen stehen soll, Sportangebote für Familien – einschließlich männlicher Familienmitglieder – machen will. Auch die Finanzierung des Umbaus der ehemaligen Flächen des „Malibu“ – derzeit eine Brache – wird weiter Thema sein. Die für 2015 veranschlagten 200.000 € sollen aus Mitteln des Schul- und Sportstättenanierungsprogramms kommen. Angesichts des Sanierungsstaus bei den bezirklichen Sporthallen, den Komoß auch eindeutig benannte, ist es unverständlich, Geld in den aufwändigen Umbau einer ehemaligen Bar zu stecken. Aus Sicht der Linksfraktion hätte es geeignetere Orte für eine Frauensporthalle gegeben. Die weiteren Entwicklungen im FFM gilt es nun abzuwarten und wenn nötig, kritisch zu begleiten. Wenig Erfreuliches gibt es auch zum Thema Bürgerämter zu berichten: Ihre Anzahl verringert sich vorübergehend auf zwei, da das in der Hellen Mitte wegen Sanierung bis Ende Januar geschlossen bleibt, wie Bezirksstadtrat Richter (SPD) berichtete. Auf das geschlossene Bürgeramt in Mahlsdorf kann nicht ausgewichen werden, da ein Wasserschaden die Räumlichkeiten unbenutzbar macht. Der von der Koalition bis vor kurzem mitgetragene Personalabbau des Senats macht eine Öffnung des Bürgeramtes Mahlsdorf mangels Personal ohnehin unmöglich. Die Bezirkskoalition in der BVV drückt sich jedoch nach wie vor davor, die Schließung offiziell zu machen. Das Bezirksamt hat die Schließung bereits beschlossen – die BVV muss dem nur noch zustimmen. Nun wird abgewartet, bis der Mietvertrag im Januar 2015 ausläuft, um einen Vorwand für die Zustimmung zur Schließung zu haben. **Thomas Braune**

Schöner Leben ohne Nazis / SLON 2014

Das Plakat zeigte in diesem Jahr einen Elefanten (russ. SLON) - warum wohl? Nun, jede, jeder kann sich was denken. Ich meine, dass er stark ist, so wie die vielen Engagierten und Besucher des diesjäh-



rigen Festes „Schöner Leben ohne Nazis“ auf dem Alice-Salomon-Platz – stark, unerbittlich und konsequent gegen Nazis, gegen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, gegen Rückwärtsgewandte. Mit gefällt das Bild, dass er Platz schafft für frischen Wind, für gemeinsame Aktionen zu einem bunten Bezirk Marzahn-Hellersdorf, zu denen sich viele über alle Glaubensbekenntnisse und Parteigrenzen hinweg bekennen.

In diesem Jahr wurde mit dem Fest „Schöner Leben ohne Nazis“ der Auftakt zu den Interkulturellen Tagen gegeben, die die Idee eines toleranten weltoffenen Bezirks mit dem Motto „Gemeinsamkeiten finden. Unterschiede feiern“ komplettieren.

Reaktion auf Brief aus Biesdorf

In der vorangegangenen Ausgabe dieses Blattes veröffentlichten wir auf Seite 6 „Wo bleibt der Aufschrei?“, einen Brief der Basisgruppe 59 aus Biesdorf an Parteivorstand und Bundestagsfraktion. Hier die Antwort der beiden Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger:

Liebe Genossin Kerstin Reise, liebe Genossinnen und Genossen der Basisgruppe Biesdorf-Nord,

herzlichen Dank für Euer Schreiben.

Wir teilen Eure Befürchtungen - die Welt befindet sich in einer Umbruchphase, und vielerorts werden Konflikte, welche nicht zuletzt durch das dominierende kapitalistische System geprägt oder verstärkt wurden, mit Waffengewalt ausgetragen.

Wir unterstreichen Eure Argumentation, dass der Frieden das höchste Gut ist, welches man insbesondere aufgrund der schrecklichen Erfahrungen aus den beiden Weltkriegen verteidigen muss und welches ganz oben auf die politische Agenda unserer Partei gehört.

Der Parteivorstand hat sich bei seiner jüngsten Sitzung schwerpunktmäßig mit der außenpolitischen Situation befasst und die Krisenherde in der Ukraine, Irak und Syrien, sowie Israel und Palästina diskutiert. Es besteht Einigkeit, dass es DIE LINKE sein muss, die - wie Ihr schreibt - die Sorgen der Menschen aufgreift, und gemeinsam mit breiten gesellschaftlichen Kräften aktiv für eine friedliche und den Frieden bewahrende Außenpolitik Deutschlands eintritt. Die Erklärung des PV zum heutigen Weltfriedenstag ist im Geiste der Bedeutung der historischen Erfahrungen für die Konfliktbearbeitung heute verfasst. Die Jahrestage der beiden Weltkriege mahnen uns, aktiv zu sein und erinnern uns daran, dass jede Stimme des Friedens wertvoll und politisch nützlich ist. Die Kriege in der Welt gehen uns alle an und wir wollen auch wieder gemeinsam mit der Friedensbewegung, den Gewerkschaften und Kirchen aktiver auf den Plätzen und Straßen des Landes sein. Einen Anfang machen wir heute Mittag mit einer Friedenskundgebung vor dem Reichstag.

Mit Dank und solidarischen Grüßen

Es war buntes Fest, das am ersten September Sonntag nicht wenige aus ihren Häusern in die Helle Mitte auf den Alice-Salomon-Platz lockte. Es gab Leckeres zu essen und zu trinken, viele Beschäftigungsangebote für Kinder und Jugendliche, ein buntes Bühnenprogramm und viele Stände, zu denen u.a. freie Träger des Bezirkes, die Stadtteilzentren, der Integrationsbeirat der BVV, die Alice-Salomon-Hochschule, die demokratischen Parteien einladen, um miteinander ins Gespräch zu kommen oder sich Info-Material mitzunehmen. Aber auch die vielen Mitmach-Angebote regten an, stehen zu bleiben.

Beeindruckend auch das laute und deutliche Bekenntnis junger Leute für eine verständnisvolles Miteinander gegen jegliche Ausgrenzung und Gewalt, wie zum Beispiel der Vertrauensschüler der Konrad-Wachsmann-Schule, die sich schon mehrere Jahre ganz bewusst diesen Tag freihalten, um sich an dem Fest zu beteiligen.

Wie in jedem Jahr hatte der Tag auch seine nachdenklichen Momente, die Menschen innehalten ließen - unübersehbar die Stolpersteine, die an die verschleppten und ermordeten jüdischen Mitbürger des Bezirkes erinnern. Die Texte gegen das Vergessen befassten sich diesmal aktuell mit den Gründen und Folgen von Kriegen, ob vergangenen oder gegenwärtigen, mit dem unendlichen

Leid, das sie noch immer über so viele Menschen überall auf der Welt bringen. Auch das war ein Bekenntnis - gegen Gewalt und Krieg, gegen jegliche Geschäfte mit todbringenden Waffen, an denen sich auch die Bundesregierung beteiligt.

Selbst der Regenguss am Ende des Tages tat dem gelungenen Fest keinen Abbruch. Unsere Idee von vor sechs Jahren, als wir das erste Fest „Schöner Leben ohne Nazis“ an diesem Ort feierten, wird Tradition. Die Veranstaltung bleibt auch ein wichtiges Zeichen und Bekenntnis zu unserem Bezirk als einem Ort der Vielfalt. Es zeigt das andere Gesicht, das bunt ist und offenherzig Fremde einlädt und das neugierig ist auf Anderes.

Sabine Schwarz, Stellv. Bezirksvorsitzende

Aus den Siedlungsgebieten: Bauliche Gründe führen zu Verzögerung der Wiedereröffnung!

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf setzt sich in ihrem kommunalpolitischen Wirken über viele Jahre für den Erhalt und den Wiederaufbau des Schlosses Biesdorf ein. Die 1868 gebaute spätklassizistische Turmvilla, die von Architekten wie Martin Gropius, Heino Schmieden und Theodor Astfalck geschaffen wurde, ist ein Denkmal, das im Land Berlin einen einmaligen Charakter besitzt. Am Tag des Offenen Denkmals 2014 hatte der Bauherr des Wiederaufbaus des Schlosses, das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, gemeinsam mit der „Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte“ und dem sozialen Stadtteilzentrum Biesdorf eine Besichtigung der Baustelle ermöglicht. Zugleich wurde in den Räumen des Stadtteilzentrums, Alt Biesdorf 15, eine Ausstellung mit Schloss-Gemälden eröffnet. Später wurden die Besucher über die Verwendung von Farben bei der Gestaltung des Schlosses informiert. Die Bauarbeiten im Schloss Biesdorf sind in vollem Gange. Gegenwärtig arbeiten über 20 Firmen gleichzeitig am Bauvorhaben. Das Bezirksamt berichtete gegenüber dem Hauptausschuss der BVV, dass bei allen Fortschritten der Sanierungsarbeiten im Schloss sich der Wiederaufbau wesentlich teurer gestaltet, als er prognostiziert und geplant war. Das hat vor allem bauliche Gründe. Der Schutt des während des Krieges verbrannten Obergeschosses lag jahrzehntelang auf dem tragenden Mauerwerk des Erdgeschosses. Dadurch bildete sich eine starke Schicht aus verbranntem Putz und Geröll. Diese starke Belastung führte dazu, dass etliche Tonnen Bauschutt abgetragen wurden. Diese mussten als Sondermüll entsorgt werden. Die vorhandene Bausubstanz konnte folglich nicht genutzt werden, und es musste eine neue Unterbaukonstruktion geschaffen werden. Momentan befindet sich das Untergeschoss im Ausbau. Das Erdgeschoss befindet sich im Rohbau, und mit der Rekonstruktion des Obergeschosses wurde begonnen.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Sankt Georgs Bändchen hier, Wolfsangel dort

Von Philipp Türmer

In der aktuellen Berichterstattung und bei Diskussionen über die Ukraine werden oft die Begriffe „Ost-Ukraine“ und „West-Ukraine“ verwendet. Diese Begriffe suggerieren dabei eine Ukraine, die aus schwarz und weiß, entweder oder, besteht. Wer genauer hinschaut, wird feststellen, dass, wenn von der „Ost-Ukraine“ die Rede ist, eigentlich die Oblaste (Verwaltungseinheiten) Luhansk, Donezk und teilweise Charkiw gemeint sind. Für die „West-Ukraine“ wird meist die Oblast Lwiw stellvertretend genannt. Insgesamt ist die Ukraine jedoch in 24 Oblaste gegliedert. Was ist also mit den anderen 20? Und muss es, wenn es eine „Ost-Ukraine“ und eine „West-Ukraine“ gibt, nicht auch eine „Nord-Ukraine“, „Süd-Ukraine“ und eine „Zentral-Ukraine“ geben?

Diese Komplexität an Fragen müssen wir auch als Linke bei der Analyse der Ukrainekrise berücksichtigen. Als Beispiele, die bei einer fundierten Analyse berücksichtigt werden sollten: Sprachpolitik, religiöse Verhältnisse, außenpolitische Ausrichtungen der vergangenen Regierungen und die Entwicklung von Geschichtsbildern.

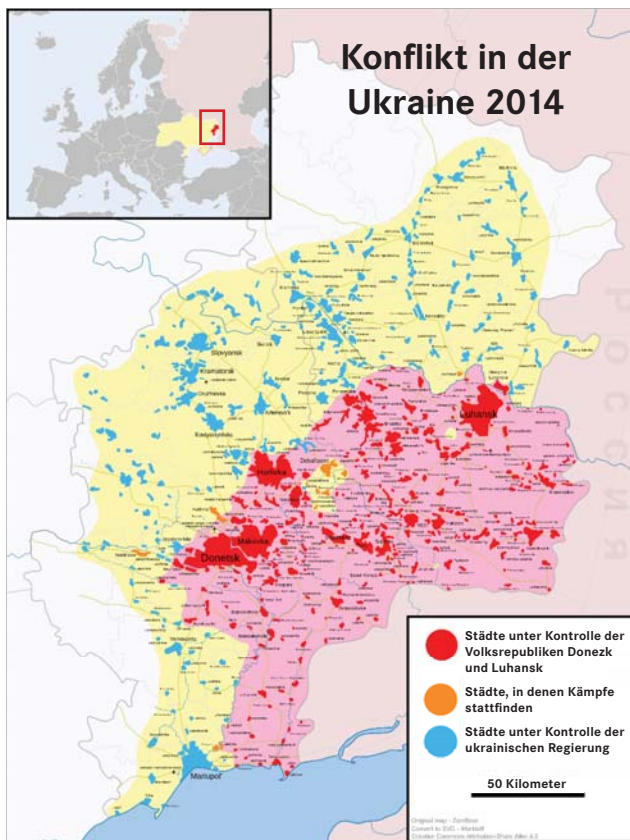
Im Folgenden soll auf einige der eben genannten Punkte kurz eingegangen werden. Sprachpolitik: Oft werden bei der Einteilung zwischen Ost und West die ukrainische und die russische Sprache gegenübergestellt und dabei so getan, als ob die Sprachen gleichzusetzen sind mit einer europäischen/anti-russischen Identifikation (Ukrainisch) und einer sowjetischen/anti-europäischen Identifikation (Russisch).

Dabei wird zum Beispiel das Phänomen des „Surschyk“ übersehen, der eine umgangssprachliche Bezeichnung für eine Mischsprache auf Grundlage des Russischen und des

Religiöse Verhältnisse: In der Ukraine gibt es faktisch drei orthodoxe Kirchen (Moskauer Patriarchat, Kiewer Patriarchat, Autokephale), die zwar auch politisch und regional motiviert um den Rang der Nationalkirche ringen, jedoch seither friedlich koexistierten. Auch katholische und evangelische Kirchen und regional der Islam und das Judentum sind in der jungen Ukraine wichtige Akteure, die zu einer ukrainischen Identität beitragen.

Bei Gesprächen mit älteren Genossen habe ich jedoch oft festgestellt, dass sie diese Einteilung in Ost und West oft ausschließlich durch eine politische, genauer, „sowjetische Brille“ betrachten. Sie fühlen sich in ihrem Weltbild bestätigt, wenn sie bei den Kämpfern in Donezk Sankt Georgs Bändchen und auf der anderen Seite junge Männer mit der Wolfsangel sehen. Es scheint bei ihnen ein Enthusiasmus längst vergangener Tage aufzuflammen. Sie reaktivieren eine gedankliche Front in ihren Köpfen, die 24 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion versucht, die derzeitige Krise in der Ukraine auf diese Art zu erklären. Oft übersehen sie wesentliche ukrainische Entwicklungen der jüngeren Vergangen-

heit, wie sie oben angedeutet wurden. Für ein ausgewogenes Bild der Ukrainekrise ist es daher für DIE LINKE wichtig, nicht dem „Ost-Ukraine“ vs. „West-Ukraine“-Schema unter umgekehrten Vorzeichen zu verfallen, indem sie die Ereignisse in der Ukraine als Quasi-Angriff des Westens auf (ehemaliges) sowjetisches Kernland betrachtet, den Russland verteidigen soll. Viele Ukrainer, die ich als Verwandte und Freunde habe, definieren sich eben nicht über das Sankt Georgs Bändchen oder die Wolfsangel und haben den Kalten Krieg 2.0., der auf ihren Schultern ausgetragen wird, satt. Deshalb möchte ich besonders die älteren Genossen daran erinnern: Von Frieden, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung heißt siegen lernen und nicht von der Sowjetunion.



Ukrainischen ist. Ebenfalls wird oft bei der Gegenüberstellung beider Sprachen vergessen, dass es noch andere, kleine Regionalsprachen in der Ukraine gibt. Zwar mögen das Moldawische, das Rumänische oder das Ungarische zum Beispiel zahlenmäßig auf den ersten Blick gegenüber dem Russischen nicht ins Gewicht fallen, aber für ein ganzheitliches Bild sind sie trotzdem zu beachten.



Politische Bildung

» 11.10., 14 Uhr, Treff: südlicher Ausgang S+U-Bahnhof Wuhletal, DenkMalTour „Kaulsdorf unterm Hakenkreuz“, Referenten: Wolfgang Brauer und Kristian Ronneburg, Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf, Teilnahmegebühr 2,50 Euro

„Rotes Sofa“

Unter diesem Motto organisieren **Regina Kittler** (Mda) und **Manuela Schmidt** (Mda) künftig regelmäßig politische Diskussionsabende und Kulturveranstaltungen. **Veranstaltungsort:** Abgeordnetenbüro Kittler & Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, 1. OG - über dem griechischen Restaurant:

» 9.10., 18 Uhr, Lesung mit Erika Maier: „Einfach leben - hüben wie drüben. Zwölf Doppelbiographien“

Vorankündigung:

» 24.11., 18.30 Uhr, Gespräch mit Stefan Liebich (MdB): LINKE Außen- und Friedenspolitik

Politischer Frühschoppen

» 12.10., 10.30-13 Uhr, Stadtteilzentrum Biesdorf, Alt-Biesdorf 15, mit Regina Kittler, Gast: Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH

Unter der Kuppel und im Leben

» 14.10., 19 Uhr, Tschchow-Theater, Märkische Allee 410, 12689 Berlin, **Brauer lädt ein:** zu Gast **Petra Pau** (MdB)

BO 20 lädt ein

» 15.10., 19.30 Uhr, Kiezklub, Murtzener Ring 15, 12681 Berlin, BO 20 hat Ellen Brombacher zu Gast: „Was kann DIE LINKE tun?“, Interessierte sind herzlich eingeladen!

LINKES Unternehmerfrühstück

» 24.10., 9 Uhr, mit Gast Christa Bertag, KulturGut, Alt-Marzahn 23, alle Interessierten sind willkommen, auch Nicht-Unternehmer

„Mieterforum Marzahn 2014“

» 15.10., 18 Uhr, Gemeindefaal der Evangelischen Kirche Marzahn/ Nord, Schleusinger Straße 12, S-Bahnhof S 7 Mehrower Allee oder Straßenbahn M 8 oder Bus X 69 (197).

Mietenratschlag

» am 4. Mittwoch im Monat von 14 - 16 Uhr: 22.10., 26.11., LAG Städtebau und Wohnungspolitik, Karl-Liebknecht-Haus (Raum 523), Kleine Alexanderstraße 28 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz)

Hinten links:**Wohnen zur Miete**

Der Nordosten ist die billigste Wohngegend Berlins - noch. Die letzten beiden Wohngebiete Berlins mit nennenswert verfügbarem bezahlbarem Wohnraum tragen Postleitzahlen in Marzahn-Nord und Hellersdorf-Mitte.

Die Quadratmeterpreise liegen hier durchschnittlich bei 5,46 EUR. Auch Friedrichshain-Kreuzberg hat schon abgehoben mit im Schnitt über 10 EUR.

Kein Thema wird in Berlin so intensiv diskutiert wie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Der Senat Großer Koalition denkt an eine „Mietpreisbremse“, die bei Neuvermietung - Neubauten ausgenommen - nicht 20 sondern nur 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete zulässt.

Das stößt in der Immobilienwirtschaft auf Kritik und Widerstand.

Frage

Was werden die großen Immobilienbesitzer, ihre Verbände und Lobby anstellen, damit sich ihr Wunsch erfüllt, Berlin innerhalb von drei Jahren auf Hamburger und Münchner Mietpreis-Niveau anzuheben?

R. Rüdiger

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>

Bezirksvorstand

» 7.10., 21.10., 4.11. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 9.10. jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 19.30 Uhr: BO Hellersdorf, Linker Treff

» 5.11. jeweils 18 Uhr, Wahlkreisbüro R. Kittler & M. Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Treffen im Wahlkreis 4

» 8.10., 18 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, Treffen aller im WK 4 wohnenden Mitgl. u.a. mit Regina Kittler (Mda), Achtung: Deshalb entfällt die Oktober-Sprecherberatung für Biesdorf und Marzahn-Süd.

Frauentreffen

» 27.10., 18 Uhr, für interessierte Mitglieder und Sympatisantinnen der LINKEN, Frauenzentrum Matilde, Stollberger Str. 55, 12627 Berlin

Sprechstunden

» **Dr. Gabriele Hiller (Mda)**, jeden Montag, 17 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41, 12619 Berlin

» **Regina Kittler (Mda)**, 8.10., 15.30-17.30 Uhr, 15.10., 10-11 Uhr, WK-Büro, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Dr. Manuela Schmidt (Mda)**, 17.10., 10-12 Uhr, 13.10., 27.10. jeweils 18-19 Uhr, WK-Büro, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

» **Wolfgang Brauer (Mda)**: 10.10., 17.10. jeweils 11-13 Uhr, WK-Büro Havemannstraße 24, 3. Etage, 12689 Berlin

» **Petra Pau (MdB)**: 22.10., 10-12 Uhr, WK-Büro, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin und und 15-17 Uhr, STZ Kompass, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin, tel. Anmeldung erbeten: 030 99289380

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Gabriele Hiller (Mda)**, Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo/di 14-16 Uhr, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer (Mda)**, Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

» **Dr. Manuela Schmidt (Mda)**, Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler (Mda)**, Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

Jugendgruppe - Linksjugend MH

» 17.10., 21.11. (am 3. Freitag eines Monats) jeweils 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, , Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16-18 Uhr, Di 16-18 Uhr, Mi 9-15 Uhr, Do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV: 23.10., 20.11.), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13-17 Uhr / Donnerstag: 10-18 Uhr

Dienstag: 10-17 Uhr / Freitag: 10-13 Uhr

(mittwochs und am 17.10., 20.10. und 24.10. geschlossen)

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 29.09.2014. Auslieferung ab: 01.10.2014. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 06.11. und 04.12.2014.